

Quelle: Kommunistische Partei Griechenlands - Zentralkomitee  
Tel:(+30) 210 2592111 - Fax: (+30) 210 2592298 - e-mail: [cpg@int.kke.gr](mailto:cpg@int.kke.gr)  
145 Leof.Irakliou, GR - 14231 ATHENS - <http://www.kke.gr>

## **EUROPA-ABGEORDNETER FORDERT FREIHEIT FÜR MILOSEVIC!**

Professor Kostas Alyssandrakis, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Griechenlands und Abgeordneter des Europäischen Parlaments hat im September 2003 im Plenum des Europäischen Parlaments die Unterbrechung des Verfahrens gegen Slobodan Milosevic und seine Freilassung gefordert. In seiner Erklärung stellte er insbesondere fest:

Seit nunmehr zwei Jahren bemüht sich das so genannte Internationale Straftribunal für das ehemalige Jugoslawien, seine Anklagen gegen Slobodan Milosevic zu begründen. Hunderte von meineidigen Zeugen und eine Menge falscher Beweise wurden aufgeboten, und dennoch erlebte die Anklage ein Fiasko. Der einzige Erfolg derjenigen, die Präsident Milosevic anklagen, und jene, die sich hinter ihnen verstecken, besteht darin, dass sie seinen Gesundheitszustand verschlimmert haben, vielleicht in der Hoffnung auf seine physische Liquidierung.

Neu ist, dass nach Abschluss der Beweisaufnahme durch die Anklage, die Frist, die Präsident Milosevic gegeben wurde, um sich auf die Darstellung seiner Position vorzubereiten, nur drei Monate beträgt, und zwar ungeachtet seiner angegriffenen Gesundheit sowie der Tatsache, dass er keine anwaltliche Hilfe erhält, weil er es ablehnt, das Verfahren zu legitimieren. Dabei wird ihm zugleich versagt, Besucher zu empfangen, die Mitglieder seiner Partei oder des Komitees sind, das ihn unterstützt.

Die Kommunistische Partei Griechenlands verurteilt die Verletzungen elementarer Rechte zu Lasten von Slobodan Milosevic und fordert die Unterbrechung des Verfahrens für zwei Jahre, seine Freilassung und seine Rückkehr nach Belgrad zwecks Genesung und Vorbereitung seiner Ausführungen vor dem Tribunal.

Wir sind sicher, Herr Präsident, dass ungeachtet der Anstrengungen der Imperialisten ihre Verbrechen in Jugoslawien durch die Entstellung der Wahrheit zu rechtfertigen, diese sich nicht durchsetzen werden.